

BStU



Archiv der Zentralstelle

MfS - BdL / Dok.

Nr. 007506

1. Ex.

102849

98183

Stellvertreter des Ministers

Berlin, 15. Juni 1983

BSU
000001

Dienst Einheit
Leiter

Beiliegend werden Ihnen Hinweise zu wesentlichen Erkenntnissen und Aufgaben der politisch-operativen Arbeit zur Gewährleistung der territorialen Integrität der DDR und der Unverletzlichkeit ihrer Staatsgrenze übersandt.

Diese Hinweise wurden auf der Grundlage der in den Jahreseinschätzungen der zuständigen Dienst Einheiten getroffenen Feststellungen und aktuellen Erkenntnissen zur Entwicklung der politisch-operativen Lage erarbeitet.

Sie sind im engen Zusammenhang mit den Beschlüssen der Parteiführung und den staatlichen Regelungen zur Staatsgrenze und in den Grenzgebieten der DDR, den Befehlen und Weisungen des Ministers sowie meinen Orientierungen auf der Dienstkonferenz am 15. April 1982 zu sehen.

Ich bitte, diese zusammenfassende Einschätzung der politisch-operativen Lage an der Staatsgrenze zur BRD, zu Westberlin sowie an der Seegrenze und in den Grenzgebieten der DDR sowie zur Wirksamkeit der politisch-operativen Arbeit auf diesem Gebiet auszuwerten und in geeigneter Weise für die weitere Qualifizierung der politisch-operativen Arbeit zu nutzen.

Anlage

[Handwritten Signature]
Weiber
Generalleutnant

Rücksendetermin: 20. 12. 1983
an das Büro der Leitung/
Dokumentenverwaltung

BStU
000002

Berlin, 9. Juni 1983

Vertrauliche Verschlussache

VVS--0008

MfS-Nr. 42/83

48. Ausf. Bl. 1

Hinweise

zu wesentlichen Erkenntnissen und Aufgaben der politisch-operativen Arbeit zur Gewährleistung der territorialen Integrität der DDR und der Unverletzlichkeit ihrer Staatsgrenze

Die Lage an der Staatsgrenze der DDR und in den Grenzgebieten ist insbesondere gekennzeichnet durch

- die weitere ständige Gewährleistung des militärischen Schutzes der Staatsgrenze der DDR durch die Grenztruppen der DDR im engen Zusammenwirken mit den anderen Schutz- und Sicherheitsorganen;
- weitere Fortschritte bezüglich der Gewährleistung von Ordnung und Sicherheit in den Grenzgebieten im Zusammenhang mit der Durchsetzung des Grenzgesetzes vom 22. März 1982 und den darauf basierenden Folgebestimmungen sowie der Direktive des Sekretariats des ZK der SED zur Arbeit im Grenzgebiet vom 7. April 1982;
- eine weitere Forcierung der auf die Unterminierung der staatlichen Ordnung und Sicherheit in den Grenzgebieten, die Diskreditierung des bestehenden Grenzregimes sowie die Inspirierung von Bürgern der DDR zur Begehung von Angriffen gegen die Staatsgrenze gerichteten Aktivitäten feindlicher Zentren u. a. Organisationen, Einrichtungen und Kräfte aus der BRD bzw. Westberlin;
- eine Zunahme der Anzahl von der BRD und Westberlin aus gegen die Staatsgrenze der DDR gerichteten Grenzsicherungskräfte, gegen Objekte und Einrichtungen sowie die Bevölkerung in den Grenzgebieten gerichteten Provokationen, Anschläge u. a. Handlungen sowie
- einen Anstieg von Aggressionen auf die Staatsgrenze der DDR zur BRD, zu Westberlin und die Begegnung aus dem Innern der DDR.

Die getroffenen Feststellungen über Pläne, Absichten und Maßnahmen feindlicher Zentren, Organisationen, Einrichtungen und Kräfte, die sich inhaltlich gegen die territoriale Integrität der DDR und Unverletzlichkeit ihrer Staatsgrenze richten, bestätigen erneut, daß das gegnerische Vorgehen auf diesem Gebiet auch weiterhin einen wesentlichen Bestandteil der Feindtätigkeit gegen die DDR bildet. Im Sinne der Durchsetzung der völkerrechtswidrigen Positionen der BRD ist das Vorgehen feindlicher Zentren, Organisationen, Einrichtungen und Kräfte im wesentlichen gekennzeichnet durch

- eine weitere Forcierung hetzerischer und verleumderischer Angriffe gegen den völkerrechtlichen Charakter der Staatsgrenze zwischen der DDR und der BRD und analog dazu zwischen der DDR und Westberlin;
- das Bestreben der Feindorganisationen um Verstärkung und Ausweitung ihrer Wirksamkeit, insbesondere bei der Vorbereitung und Durchführung von gegen die territoriale Integrität der DDR sowie die Unverletzlichkeit ihrer Staatsgrenze gerichteten Provokationen;

- die fortgesetzten Versuche der Einmischung staatlicher Stellen der BRD und Behörden des Senats von Westberlin in die inneren Angelegenheiten der DDR, wie das Grenzsicherungssystem.

Im Jahre 1982 verstärkten namentlich bekannte Kräfte in der Arbeitsgruppe Westberlin der Feindorganisation "IGfM" sowie anderer feindlicher Organisationen im Operationsgebiet ihre subversiven Angriffe. So beabsichtigten u. a. im Juni und August 1982 mehrere feindlich-negative Personen in der DDR im Auftrag der "IGfM" in Westberlin sowie der Arbeitsgemeinschaft 13. August e. V. schwerwiegende Anschläge gegen die Staatsgrenze der DDR.

Diese vorbereiteten schwerwiegenden Provokationen gegen die Staatsgrenze der DDR und das geplante skrupellose Vorgehen der Täter gegen dienstverrichtende Grenzsicherungskräfte der DDR sollten erneut zur massiven Verleumdung und Diskriminierung der DDR, der Einmischung in ihre inneren Angelegenheiten sowie zur Schürung von Spannungen mißbraucht werden. Im Ergebnis zielgerichteter politisch-operativer Maßnahmen wurden diese Provokationen vereitelt. Hierzu wurde entsprechendes Material zur offensiven Auswertung gegenüber dem Westberliner Senat erarbeitet und dem MfAA übergeben.

Aufgrund der gegenwärtigen Rechtsentwicklung in der BRD und ermuntert durch die offene Konfrontationspolitik der regierenden Rechtsparteien verstärkten sich die subversiven Aktivitäten des Gegners gegen die Staatsgrenze der DDR.

Im Zusammenhang mit der in der BRD und in Westberlin entfachten Hetze zum Tod des BRD-Bürgers [REDACTED] und infolge einer durch die "Junge Union", die "IGfM" Westberlin und andere Organisationen zu diesem Problem organisierten Hetzveranstaltung am 23. 4. 1983 kam es zu einer beispiellosen Eskalation von gefährlichen Anschlägen auf das Territorium der DDR von Westberlin aus. Angehörige der Grenztruppen und Einrichtungen der Grenzsicherung sowie Wohn- und Betriebsgebäude in Grenznähe wurden gezielt beschossen oder mit Steinen und anderen Gegenständen beworfen.

Bei den insgesamt bisher mit Provokationen und anderen gefährlichen Handlungen von der BRD und Westberlin aus in Erscheinung getretenen Personen handelte es sich zumeist um unbekannte Täter. Nur in Einzelfällen konnten sie im Ergebnis der politisch-operativen Arbeit identifiziert und die feindlichen Inspiratoren und Organisatoren aufgeklärt werden.

Das enge und abgestimmte Zusammenwirken der bekannten Feindorganisation ist gegenwärtig vor allem gekennzeichnet durch die Vorbereitung großangelegter Provokationen gegen die DDR im Zusammenhang mit dem 30. Jahrestag des 17. Juni 1953.

Auf Initiative der VOS fand eine Beratung mehrerer Feindorganisationen statt, auf der dem Bund der Mitteldeutschen zusammen mit der IGfM die Federführung bei der Vorbereitung der Hetzveranstaltungen übertragen wurde.

BSU

300004

VWS MfS 0008-42/83

Nach vorliegenden Erkenntnissen werden durch feindliche Zentren, Organisationen, Einrichtungen und Kräfte in ihrem gegen die territoriale Integrität der DDR und Unverletzlichkeit ihrer Staatsgrenze gerichteten Vorgehen unverändert folgende hauptsächlichliche Mittel und Methoden angewandt:

- Durchführung von Hetzveranstaltungen an der Staatsgrenze der DDR,
- Überwurf bzw. Einflug von Hetzflugblättern mittels Ballon über die Grenzsicherungsanlagen,
- zielgerichtete Einweisung herangeführter Personengruppen von Posten, sogenannten Einweisungspunkten und anderen geeigneten Standorten auf dem Territorium der BRD bzw. Westberlin an der Staatsgrenze der DDR,
- differenzierte Einbeziehung ehemaliger Bürger der DDR in die Vorbereitung und Realisierung gegen die Staatsgrenze gerichteter Aktivitäten unter Ausnutzung ihrer spezifischen Regimekenntnisse.

Im Sinne der Zielstellung der Bonner "Ost- und Deutschlandpolitik" konzentriert sich die gegnerische Tätigkeit im Grenzvorfeld - nach bisher vorliegenden Erkenntnissen - insbesondere auf die "deutschlandpolitische Bildungsarbeit" und den Informationsdienst.

Bevorzugte Formen der sogenannten deutschlandpolitischen Bildungsarbeit sind u. a.

Grenzland-Seminare, Ost-West-Seminare
Studienreisen an die Staatsgrenze zur DDR
deutschlandpolitische Tagungen sowie Ausstellungen.

Ein Zentrum dieser sogenannten Bildungseinrichtungen, deren Netz ständig erweitert wurde, bildet die "Ostakademie" Lüneburg im Bundesland Niedersachsen. In enger Zusammenarbeit mit anderen Bildungseinrichtungen, Behörden, staatlichen Einrichtungen und Kräften finden Aktivitäten u. a. ihren Ausdruck in einer antikommunistischen Beeinflussung breiter Bevölkerungskreise im Grenzvorfeld der BRD sowie intensiver ideologischer Vorbereitung der Teilnehmer an sogenannten Studienfahrten in die DDR hinsichtlich ihres Wirkens im Sinne der gegnerischen Kontaktpolitik/-tätigkeit.

Kennzeichnend ist auch die fortlaufende Neubildung derartiger Einrichtungen wie des "Vereins des deutschlandpolitischen Bildungszentrums Schnackenburg".

In Duderstadt, Kreis Göttingen, wurde ein "Europa- und deutschlandpolitisches Bildungsinstitut" eingeweiht, dessen Zielstellung in der "Einigung Europas auf föderativer Grundlage durch Bildungs- und Forschungsarbeit im Bereich von Gesellschaft und Politik und die Schulung des Problembewußtseins und der Fähigkeit zum politischen Handeln, insbesondere unter der Jugend," besteht.

In Uelzen wurde der "Verein Grenzopfer e. V." gegründet. Dieser beabsichtigt, Personen, die bei Überwindung der Grenzsicherungsanlagen verletzt werden, moralische und durch kurzfristig zurückzahlende zinslose Kredite auch materielle Hilfe zu leisten. Sein Vorsitzender [REDACTED] veranstaltet Hetzausstellungen mit Fotos über die Grenzsicherungsanlagen. Es werden Angaben zu erfolgten Grenzdurchbrüchen gesammelt, um sie in Regionalzeitungen zu vermarkten.

Revanchistenorganisationen und sogenannte Heimatverbände in der BRD aktivieren im Rahmen der politisch-ideologischen Diversion und gegnerischer Kontaktpolitik/-tätigkeit ihre völkerrechtswidrigen Positionen und Praktiken. Bei den als "Heimat- oder Traditionstreffen" deklarierten Zusammenrottungen derartiger Kräfte nimmt neben der Propagierung revanchistischer Ziele und Forderungen, die zielgerichtete Hetze gegen das Grenzregime in der DDR einen breiten Raum ein.

In diesem Zusammenhang liegen operative Hinweise über die Teilnahme einer jeweils größeren Zahl von zu Besuch in der BRD weilenden Bürgern der DDR aus Grenz- und grenznahen Gebieten an derartigen Treffen und sogenannten Grenzbesichtigungen vor.

Einen immanenten Bestandteil der Tätigkeit der feindlichen Zentren, Organisationen und Kräfte bildet die nachrichtendienstliche Abschöpfung ehemaliger Bürger der DDR und sich zeitweilig in der BRD aufhaltender DDR-Bürger zur Gewinnung von Informationen, vor allem über die Lage und das Sicherungssystem an der Staatsgrenze der DDR.

Sie konzentriert sich auf die Erlangung von Angaben über

- den pionier-, nachrichten- und signaltechnischen Ausbau der Staatsgrenze der DDR und Schwachstellen im Grenzsicherungssystem,
- die Regimeverhältnisse sowie die politische und ökonomische Situation in den Grenzgebieten,
- Angehörige der Grenztruppen der DDR und deren Tätigkeit in den grenzsichernden Einheiten,
- Kontakte und Verbindungen zu Bürgern der DDR.

Die im wesentlichen unveränderten Schwerpunkte der Befragungstätigkeit weisen auf die Bestrebungen des Gegners hin, seine Kenntnisse über das Grenzsicherungssystem ständig zu aktualisieren, Möglichkeiten für weiterführende subversive Aktivitäten zu erkunden sowie solche Informationen zu gewinnen, die für eine Forcierung der politisch-ideologischen Diversion geeignet sind.

Hervorzuheben ist auch in diesem Zusammenhang ein abgestimmtes Zusammenwirken innerer und äußerer Feinde mit Kräften von Grenzüberwachungsorganen der BRD bei Angriffen gegen die Staatsgrenze.

So waren z. B. die durch die Volksmarine in der Zeit zwischen den 14. 9. bis 17. 9. 1982 festgestellten außergewöhnlichen Aktivitäten des BGS-See gegenüber dem nordwestlichen Bereich der Territorialgewässer der DDR konkret auf die Aufnahme eines ehemaligen VP-Angehörigen auf See ausgerichtet. Dieses sorgfältig mit ehemaligen DDR Bürgern vorbereitete feindliche Vorhaben konnte verhindert werden.

Ein anderes Beispiel ist das Vorgehen des Wasserzolldienstes auf der Elbe. Am 5. 1. 1983 drang ein Zollboot in das Hoheitsgebiet der DDR bis zu den Bühnenköpfen ein und nahm dort zwei sich durch Zeichen bemerkbar machende DDR-Bürger an Bord und verbrachte sie in die BRD.

Die militärisch-operative Vorbereitung des Territoriums wird als wesentlicher Bestandteil der imperialistischen Kriegsvorbereitungen mit gleichbleibender Intensität fortgesetzt und erstreckt sich vorrangig auf ergänzende Maßnahmen.

Es ist einzuschätzen, daß der operative Ausbau des grenznahen Raumes der BRD zur DDR zum Aufmarsch, zur Entfaltung und zum Einsatz aller Waffengattungen und Teilstreitkräfte der 1. Staffel der Bundeswehr und der anderen NATO-Streitkräfte nahezu abgeschlossen ist.

Die Überwachungs- und Aufklärungstätigkeit der gegnerischen Grenzüberwachungsorgane an der Staatsgrenze der BRD zur DDR erfolgt mit anhaltender Intensität. Wesentliche Veränderungen in der Methodik und im Einsatz der Kräfte und Mittel wurden nicht festgestellt. Sie konzentrieren ihre Erd- und Luftaufklärung vorrangig auf die Handlungen der Grenztruppen der DDR im Grenzdienst, besonders nach der Auslösung von Signal- und Sperranlagen und dem Gebrauch der Schußwaffe, sowie beim Einsatz in dem den Sperranlagen vorgelagerten Territorium der DDR, bei Arbeiten zum Ausbau und zur Wartung der Signal- und Sperranlagen, besonders der Anlagen 501 und 701, sowie auf die zu Rekultivierungsmaßnahmen vor den vorderen Sperranlagen eingesetzten Arbeitskräfte.

Verstärkt wird die bilddokumentarische Arbeit des BGS über Handlungen der Grenztruppen und über Vorkommnisse an der Staatsgrenze der DDR.

Die Organisation des Nachfragedienstes durch die grenzüberwachenden Organe der BRD wird mit dem Ziel der Schaffung eines funktionsfähigen Informationsnetzes aus der an der Grenze wohnhaften und dort arbeitenden Bevölkerung der BRD weiter aktiviert. Geeignete Bürger der BRD werden aufgefordert, als sogenannte Informationsstelle zu arbeiten und getroffene Feststellungen über das Grenzgebiet der DDR zu melden. Eine weitere durch die Mitarbeiter I/S des BGS und Angehörige der Bayrischen Grenzpolizei angewandte Methode der Aufklärung besteht in der gezielten Abschöpfung von Bürgern der BRD, die Besuchsreisen in grenznahe Gebiete der DDR unternehmen. Auf diese Weise gewonnene Informationen dienen der Ergänzung von Angaben, die durch Grenzstreifen und Aufklärungsflüge erbracht werden.

Die Wirksamkeit des Grenzsicherungssystems in seiner Gesamtheit wird durch gezielte Vorstöße feindlicher Kräfte von der BRD aus in den Handlungsraum der Grenztruppen bzw. darüber hinaus bis in die Sperrzone getestet und zeigt in diesen Fällen deutliche Mängel.

So konnten am 17. 6. 1982 4 Personen ca. 70 Meter in das Staatsgebiet der DDR eindringen. Sie schnitten ein Zaunfeld aus dem Grenzzaun I heraus, krochen durch die entstandene Öffnung, überwand den Kfz-Sperrgraben, Kontrollstreifen und Kolonnenweg und durchschnitten ein Kabel des Grenzmeldenetzes. Anschließend verließen sie unbemerkt wieder das Territorium der DDR auf dem gleichen Wege.

Drei Personen, die vorher die DDR ungesetzlich verlassen hatten, drangen über mehrere Monate hinweg, mehrmals in das Hoheitsgebiet der DDR von der BRD aus ein. Die Sperranlagen überstiegen sie mit Hilfe von Leitern, um kein Signal auszulösen. Kontrollstreifen wurden im Liegen überrollt, so daß keine deutlichen Spuren entstanden und vorwiegend nachts bewegten sie sich über Strecken bis zu 7 Kilometer unbemerkt im Grenzgebiet. Mehrmals hielten sie sich über Stunden bis zu 4 Tagen bei Verwandten im Grenzgebiet auf und wurden von diesen gedeckt bzw. auch aktiv unterstützt. Darüber hinaus führten sie in mehreren Fällen Schreckschußwaffen und Funkgeräte mit sich und entwendeten im Handlungsraum der Grenztruppen erdverlegte Minen unter Beteiligung eines sachkundigen Angehörigen der Bundeswehr.

In weiteren Fällen drangen im Grenzgebiet wohnhaft und tätig gewesene Personen nach dem ungesetzlichen Verlassen der DDR in unser Hoheitsgebiet ein und konnten erst im Wiederholungsfalle bzw. nach Zurücklegung einer großen Wegstrecke und anschließender Selbststellung festgenommen werden.

Bei den Angriffen gegen die Staatsgrenze mit dem Ziel des ungesetzlichen Verlassens der DDR zeigt sich die insgesamt ansteigende Gesamttendenz in allen Begehungsweisen mit besonderer Deutlichkeit. Der Personenanfall ist beispielsweise im I. Quartal 1983 um 37 % höher als im Vorjahr.

Der Anteil dieser Begehungsweise an den Gesamtstraftaten des ungesetzlichen Verlassens stieg 1982 von bisher 54 % auf 58 %.

BSU

070008

VVS MfS 0008-42/83

Besonders bedeutsam ist ~~der Anstieg der~~ gegen die Seegrenze der DDR gerichteten Angriffe. Sie nahmen im 2. Halbjahr 1982 gegenüber 1981 um 66 % und im I. Quartal 1983 gegenüber 1982 um 94 % zu.

Bei den verhinderten Grenzdurchbrüchen ist eine weitere Zunahme der Vorbereitung spektakulärer Angriffe, der verstärkten Anwendung terroristischer Mittel und Methoden (Waffengewalt, Geiselnahmen), einer erhöhten Risikobereitschaft bis hin zur bewußten höchsten Gefährdung des Lebens und der Gesundheit der eigenen Person sowie anderer Bürger erkennbar.

Zunehmend ist festzustellen, daß an Rückverbindungen, die selbst auch die Absicht verfolgen, nach Westberlin oder in die BRD zu gelangen, Hilfsmittel und detaillierte Anweisungen zur Überwindung der Staatsgrenze, durch Kuriere überbracht werden.

Vollendete Grenzdurchbrüche werden vor allem dann in den gegnerischen Massenmedien groß aufgemacht publiziert, wenn es zur Anwendung spektakulärer Mittel und Methoden kommt und damit im Zusammenhang oder überhaupt ein hohes Risiko für die Täter bei der Ausführung der Tat gegeben ist. Das trifft insbesondere zu für die Nutzung schwerer Technik, das Ablanden von der Küste, das Überwinden der Grenzsicherungsanlagen mit solchen Mitteln wie z. B. Seilen und Rollen und bei eingetretenen Verletzungen der Täter beim Überwinden der Grenzsicherung.

Als begünstigende Bedingung für gefährliche Versuche von Grenzdurchbrüchen erweist sich die noch immer nicht voll den Anforderungen entsprechende Wirksamkeit der politisch-operativen und volkspolizeilichen Arbeit zur vorbeugenden Verhinderung von Angriffen auf die Staatsgrenze bereits an den Ausgangspunkten im Innern der DDR. Vor allem durch die unzureichende Kenntnis dienstlicher Weisungen bzw. deren Nichtdurchführung, die Unterschätzung operativ bedeutsamer Ausgangsinformationen sowie unentschlossenes und zögerndes Handeln durch Führungskader, operative Diensthabende und operative Einsatzkräfte der DVP wurden gefährliche Angriffe gegen die Staatsgrenze, z. B. unter Geiselnahme, nicht mehr rechtzeitig im Innern der DDR verhindert.

Gleichermaßen ergeben sich Beeinträchtigungen der Wirksamkeit der unmittelbaren grenzsichernden Tätigkeit der Volkspolizei und der Grenztruppen insbesondere aus Mängeln in der Führungs- und Leitungstätigkeit bei der Organisation und Durchführung des Dienstes.

Das zeigt sich insbesondere

- im falschen operativ-taktischen Verhalten und in unzweckmäßigen Entschlüssen bei besonderen Grenzlagen;
- in oberflächlichen und mit Zeitverzug durchgeführten oder unterlassenen Überprüfungen von Signalauslösungen an Sperranlagen und im nicht konsequenten Durchsetzen grenztaktischer Handlungsvarianten zur Suche und Festnahme von Grenzverletzern;

- in groben Unterlassungen und Leichtfertigkeiten bei der Dienst-durchführung, z. B. an den Kontrollstellen und Kontrollpunkten der DVP sowie im zeitweiligen Verlassen der Streifen- und Posten-bereiche;
- im schematischen und unvariablen Einsatz der Kräfte der Grenz-sicherung über längere Zeiträume;
- in Schwächen beim unmittelbaren zeitlich und räumlich exakt ab-gestimmten Zusammenwirken zwischen den Grenztruppen der DDR und den in Grenzsicherungsmaßnahmen einbezogenen Kräften der VP, ein-schließlich ihrer freiwilligen Helfersysteme insgesamt und ins-besondere in der Zeit zwischen 22.00 und 6.00 Uhr und die sich daraus ergebenden Lücken.

Darüber hinaus wirken sich solche Erscheinungen wie

- Mängel in der Fahndungstätigkeit, bei Kontrollen auf Anmarsch-wegen zu den Grenzgebieten sowie bei der Überwachung der Zugänge zu diesen Gebieten,
- die objektiv abnehmende Signal- und Sperrwirkung der Grenzsiche-rungsanlagen infolge zunehmender Kenntnis ihres Prinzips sowie der darauf bezogenen zielgerichteten Vorbereitung der Täter, teilweiser technischer Überalterung und nicht ausreichender War-tungszustand,
- Inkonsequenz bei der Durchsetzung des Grenzgesetzes und seiner Folgebestimmungen, insbesondere der Festlegungen über die Ge-währleistung von Sicherheit und Ordnung in der Sperrzone und dem Schutzstreifen sowie bei der Wohnsitzverlegung unzuverlässiger Bewohner des Grenzgebietes

negativ aus.

Ein Teil der erfolgten Grenzdurchbrüche hätte durch die recht-zeitige Beseitigung bereits vorher bekannter Mängel, Schwächen und Lücken unbedingt vorbeugend verhindert werden können.

Auswirkungen der gegnerischen Einflußnahme bei der Grenzbevölke-rung, insbesondere der politisch-ideologischen Diversion und der gegnerischen Kontaktpolitik/-tätigkeit, zeigen sich, neben der grundsätzlich überwiegenden positiven Haltung, in Teilbereichen, wo

- die Gefährlichkeit und wachsende Aggressivität des Imperialismus unterschätzt und illusionäre Vorstellungen über die gesellschaft-lichen Verhältnisse in der BRD, besonders über die dortigen ma-teriellen Lebensbedingungen, vertreten werden,
- Unverständnis über das Grenzsicherungssystem insgesamt, die Grenzsicherungsanlagen und Handlungen der Grenzsicherungs-kräfte sowie zur Aussiedlung von Personen aus dem Grenzgebiet, die Unsicherheitsfaktoren darstellen, zum Ausdruck gebracht sowie

- Vorstellungen geäußert werden, die Grenzordnung zu lockern, die Einreisemöglichkeiten in das Grenzgebiet zu erweitern bzw. das Verfahren für solche Einreisen großzügiger zu handhaben und Ortschaften aus dem Grenzgebiet herauszunehmen.

Der feindliche ideologische Einfluß wirkt sich vor allem über solche Bedingungen stärker aus, wie

- regelmäßiger Empfang von Sendungen gegnerischer Massenmedien durch einen beträchtlichen Teil der Grenzbevölkerung,
- die in einem hohen Umfang bestehenden Westverbindungen, die sich u. a. im Zusammentreffen von Mitgliedern von Revanchistenorganisationen sowie "Heimatverbänden" und Bewohnern des Grenzgebietes auf dem Territorium der DDR zeigen,
- der relativ starke Einfluß der Kirche auf die Bevölkerung in einigen Grenzgebieten,
- noch bestehende Mängel und Schwächen in der ideologischen Arbeit und der staatlichen Tätigkeit.

Aus solchen Einflüssen resultiert auch die teilweise noch unzureichende Beachtung der Erfordernisse von Sicherheit und Ordnung, ein sorgloses Verhalten u. a. bei Erteilung von Auskünften über Regimefragen gegenüber ortsfremden Personen und das Unterlassen der Informierung der Grenzsicherungsorgane über verdächtige Verhaltensweisen von Personen im Grenzgebiet.

Aus der Analyse der politisch-operativen Lage ergeben sich Schlußfolgerungen für die weitere Qualifizierung der politisch-operativen Arbeit im und nach dem Operationsgebiet, in den Grenzgebieten und im Innern der DDR, einschließlich des Zusammenwirkens mit den anderen Schutz- und Sicherheitsorganen, vor allem in folgenden Richtungen:

Es ist erforderlich, den Anteil der operativ bedeutsamen Informationen, insbesondere zu den Plänen, Absichten, Aktivitäten und Maßnahmen

- staatlicher Einrichtungen und Institutionen, feindlicher Zentren, Organisationen, Einrichtungen und Kräfte im Grenzvorfeld der BRD bzw. in Westberlin zur Vorbereitung und Durchführung subversiver Angriffe gegen die Staatsgrenze der DDR und die zu ihrer Sicherung eingesetzten Kräfte und Einrichtungen und zur Identifizierung der von der BRD bzw. Westberlin mit Angriffen gegen die Staatsgrenze der DDR in Erscheinung getretenen Personen, Inspiratoren und Organisatoren;
- der Grenzüberwachungsorgane der BRD/Westberlin sowie von Einheiten der Bundeswehr und anderer NATO-Streitkräfte im Grenzvorfeld sowie

zur militärisch-operativen Vorbereitung des Territoriums im Grenzvorfeld der BRD bzw. in Westberlin

weiter zu erhöhen und dazu die Abstimmung zwischen den Bezirksverwaltungen, Grenzkreisdienststellen und den operativen Dienst-einheiten der Hauptabteilung I/KGT über den konkreten Informationsbedarf zu vertiefen und auf dieser Grundlage die vorhandenen, inoffiziellen Potenzen der operativen Dienst-einheiten zielstrebig und intensiver einzusetzen. Für diese Aufgaben sind geeignete IM neu zu gewinnen und im und nach dem Operationsgebiet zum Einsatz zu bringen.

Die im MfS vorhandenen Kenntnisse zu Plänen und Absichten feindlicher Zentren, Organisationen, Einrichtungen und Kräfte müssen stärker als bisher durch den zielstrebigsten Einsatz aller geeigneten IM zu den auf ihre Realisierung gerichteten konkreten gegnerischen Maßnahmen ergänzt, erweitert und konkretisiert werden. Alle geplanten und vorbereiteten feindlichen Anschläge gegen die territoriale Integrität der DDR und die Unverletzlichkeit ihrer Staatsgrenze, die unmittelbar in Erscheinung tretenden Täter sowie die hinter ihnen stehenden Kräfte müssen rechtzeitig aufgeklärt, die feindlichen Angriffe vorbeugend verhindert oder in ihren negativen Auswirkungen wirksam eingeschränkt werden. Überraschungen müssen zuverlässig ausgeschlossen werden.

Von größter politisch-operativer Bedeutung sind detaillierte Informationen über Täter terroristischer Anschläge und Provokationen unter Verletzung des Territoriums der DDR, die darüber Auskunft geben, welchen feindlichen Organisationen sie angehören, welche Querverbindungen zwischen solchen bestehen, von wem und wie die Anschläge inspiriert und organisiert wurden. Damit werden die entscheidenden Voraussetzungen dafür geschaffen, die gegnerische Tarnung zu dem tatsächlichen Charakter dieser Organisationen sowie ihren Plänen, Absichten und Maßnahmen unter demagogischen Bezeichnungen und Lösungen, die für die Öffentlichkeit bestimmt sind, aufzudecken, sie zu diskreditieren und in ihrer feindlichen Wirkung einzuschränken.

Von großer politischer Wirksamkeit ist der Nachweis, daß von feindlichen Zentren, Organisationen, Einrichtungen und Kräften eine permanente Verletzung, dem Völkerrecht entsprechender, zweiseitiger Verträge und Abkommen, ausgeht. Durch ein abgestimmtes Vorgehen und durch enge Zusammenarbeit aller verantwortlichen Dienst-einheiten sind dazu beweiskräftige Informationen zu erarbeiten, zusammenzuführen und zentral aufzubereiten. Damit können bedeutende außenpolitische Aktivitäten der Partei- und Staatsführung der DDR wirksam untermauert werden. In diesem Zusammenhang sind stärker alle Möglichkeiten aufzudecken und zu nutzen, um den Nachweis führen zu können, daß staatliche Stellen in der BRD, in anderen nichtsozialistischen Staaten sowie in Westberlin derartige Pläne, Absichten und Maßnahmen dulden, fördern und unterstützen und demzufolge ein Völkerrechtsdelikt vorliegt.

Eine wesentliche Voraussetzung für die Realisierung solcher Zielstellungen ist bei erfolgten Provokationen und Anschlägen die Identifizierung der Täter als Grundlage für weiterführende politisch-operative Maßnahmen. Die Anstrengungen der operativen Dienst-einheiten reichen in dieser Hinsicht noch nicht aus.

Intensiviert wurde an der Staatsgrenze die technische Dokumenta-tion zu Tätern, die dort mit Provokationen gegenüber den Grenz-sicherungskräften und Anschlägen gegen die Staatsgrenze und die zu ihrem Schutz vorhandenen Einrichtungen auftreten. Die damit geschaffenen Voraussetzungen sind auszubauen und es sind Lösungen für eine kontinuierliche, zielstrebige und umfassende Vergleichs-arbeit mit dem unbedingten Ziel der Identifizierung zu finden.

Wesentlich zu verstärken ist der Einsatz und die Informations-gewinnung über das Wirken der Landsmannschaften und Heimatver-bände im unmittelbaren Grenzvorfeld auf dem Territorium der BRD. Es kommt darauf an, konkrete Kenntnis darüber zu haben, welcher Inhalt der politisch-ideologischen Diversion und der gegnerischen Kontaktpolitik/-tätigkeit gegenüber der Grenzbevölkerung der DDR zugrunde liegt, welche Wirkungen sie bei wem hinterlassen und welche Möglichkeiten der Gegenwirkung gegeben und aktiv angewandt werden müssen.

Aus den Vorkommnissen des Jahres 1982 in bezug auf das widerrecht-liche Eindringen regimekundiger Personen in das Grenzgebiet der DDR von der BRD aus, sind insbesondere für die Grenzkreisdienst-stellen wesentliche Schlußfolgerungen zu ziehen und mit Unter-stützung der Bezirksverwaltungen umzusetzen.

Die im Territorium der Grenzkreise wohnhaften Rückverbindungen sind unter besonders intensive operative Kontrolle zu nehmen. Dabei sind vorhandene IM aus dem unmittelbaren Kreis der engen Verwandten dahingehend qualifiziert zu überprüfen, ob sie über Anzeichen feindlicher Aktivitäten zuverlässig Kenntnis erhalten werden und vor allem, ob sie in dieser konkreten Einsatzrichtung selbst zuverlässig und ehrlich sind.

Umfassender und längerfristiger ist der Weg der Täter ungesetz-licher Grenzübertritte im Operationsgebiet zu verfolgen, um recht-zeitig Anzeichen zu ihrer Einbeziehung in bzw. zu von ihnen selbst ausgehenden feindlichen Aktivitäten gegen die Staatsgrenze der DDR oder die zu ihrem Schutz errichteten Anlagen sowie handelnden Kräfte feststellen und vorbeugend verhindern zu können.

Die Zusammenarbeit zwischen den zuständigen Dienst-einheiten der HA I/KGT und den Bezirksverwaltungen/Kreisdienststellen mit Staats-grenze zur Erfüllung der in den Befehlen und Weisungen des Mini-sters und den auf der Dienstkonferenz des Stellvertreters des Mi-nisters am 15. 4. 1982 gestellten Aufgaben zur politisch-operativen Sicherung der Staatsgrenze ist unter Berücksichtigung der vorgenannten Erkenntnisse weiter zu vertiefen und noch enger aus-zugestalten.

Es sind die gemeinsamen Anstrengungen zu erhöhen, um im Grenzgebiet und den grenznahen Gebieten die inoffizielle Basis weiter zu vervollkommen und zu qualifizieren und mehr Informationen über Unsicherheitsfaktoren, über den Charakter von Verbindungen zu Personen im nichtsozialistischen Ausland, über Gefährdungen, Lücken, Mängel und Schwächen im Grenzsicherungssystem zu erarbeiten und entsprechend der Zuständigkeit fortlaufend auszutauschen.

Die IM und GMS müssen noch besser befähigt werden, begünstigende Bedingungen und Umstände für Angriffe auf die Staatsgrenze rechtzeitig zu erkennen, darauf sofort zu reagieren und wenn möglich, selbst mit zu beseitigen.

Eine engere und noch unmittelbarere praxisbezogene Zusammenarbeit zwischen den zuständigen Dienststeinheiten der HA I/KGT und den Bezirksverwaltungen/Kreisdienststellen mit Staatsgrenze ist hinsichtlich des Zusammenwirkens zwischen den zuständigen Schutz- und Sicherheitsorganen sowie mit den staats- und wirtschaftsleitenden Organen, den Betrieben und Einrichtungen, den Leitungen der Partei sowie den gesellschaftlichen Organisationen und Kräften zu gewährleisten.

Die gemeinsame politisch-operative Einflußnahme muß sich insbesondere auf die Qualifizierung des Zusammenwirkens zwischen den Grenztruppen und der Deutschen Volkspolizei sowie anderen Organen des MfS sowie auf die volle Durchsetzung der Regelungen des Grenzgesetzes und seiner Folgebestimmungen und der Direktive des Sekretariats des ZK der SED zur Arbeit im Grenzgebiet richten. Dabei sollen insbesondere folgende wesentliche Aufgabenkomplexe im Mittelpunkt stehen:

Unterstützung der Grenztruppen bei der Einführung des weiterentwickelten Systems der Grenzsicherung (Zuweisung eines festen Grenzabschnitts an die Grenzkompanien) mit dem Ziel, die darin liegenden Vorteile umfassend zum Tragen zu bringen und so zur Erhöhung der Effektivität der Grenzsicherung beizutragen.

Ständige unmittelbare lagebezogene Abstimmung des Kräfteinsatzes der Grenztruppen und der Deutschen Volkspolizei mit dem Ziel, keine Lücken, aber auch keine Überschneidungen zuzulassen und damit variablere und wirksamere Kontrollen im Grenzgebiet, in Schwerpunkträumen und zu Schwerpunktzeiten zu gewährleisten. Es sind vorliegende positive Erfahrungen zu verallgemeinern und weiter durchsetzen zu helfen, wonach den Leitern von Dienststellen der DVP im Rahmen der grundsätzlichen Weisungen des Leiters des VPKA ein größerer Entscheidungsspielraum zugestanden wird.

Gemeinsame Untersuchungen von Vertretern der Grenztruppen, der Deutschen Volkspolizei und der zuständigen Dienststeinheiten des MfS zu den Umständen und Bedingungen im Grenzgebiet, die für besondere Vorkommnisse begünstigend wirkten.

BSU

000014

VVS MFS 0008-42/83

Im engen Zusammenwirken ist ständig und noch intensiver darauf Einfluß zu nehmen, daß im Grenzgebiet die staats- und wirtschaftsleitenden Organe, die Kombinate, Betriebe und Einrichtungen sowie die Bürger ihrer Verantwortung für die Durchsetzung der gesetzlichen Bestimmungen zur Gewährleistung von Sicherheit und Ordnung jederzeit voll gerecht werden.

Getroffene Festlegungen und erteilte Auflagen sind auf ihre Durchsetzung hin zu kontrollieren und mit dem nötigen Nachdruck, wenn erforderlich, mit der Autorität der höheren Leitungsebene und mit Hilfe der Partei, zu verwirklichen.

Verbreiterung, inhaltliche Qualifizierung und Abstimmung der Arbeit mit den freiwilligen Helfern der Deutschen Volkspolizei und der Grenztruppen in den Grenzgebieten.

Ausgehend von der zunehmenden Anzahl der Vorbereitung und des Versuchs des ungesetzlichen Verlassens der DDR durch Überwinden der Staatsgrenze im Zusammenwirken feindlich-negativer Personen im Innern der DDR und im Operationsgebiet ist es notwendig, alle operativen Kräfte, Mittel und Methoden intensiver für die rechtzeitige Aufdeckung, Aufklärung und Verhinderung derartiger Vorhaben einzusetzen.

Eine besonders bedeutsame Rolle kommt dabei, wie schon immer, der Aufdeckung sowie umfassenden und sicheren Kontrolle der Verbindungen zwischen ehemaligen DDR-Bürgern und in der DDR vorhandenen Personen aus dem Kreis der Verwandten, Freunde und Bekannten zu. Sie werden zunehmend konspiriert und nach den vorliegenden Erfahrungen in politisch-operativ besonders bedeutsamen Fällen tatbezogen durch Kurierere aufrechterhalten.

Für die Erreichung weiterer Fortschritte bei der rechtzeitigen Aufdeckung und vorbeugenden Verhinderung von Angriffen gegen die Staatsgrenze aus dem Innern der DDR ist es unbedingt erforderlich, die operativen Anstrengungen zu erhöhen und insbesondere auf die in diesem Zusammenhang besonders in Erscheinung tretenden Personengruppen zu konzentrieren. Dies sind insbesondere Jugendliche und Jungerwachsene, Haftentlassene und kriminell Gefährdete sowie asozial lebende Personen, die ohne feste familiäre oder gesellschaftliche Beziehungen und Kontrolle leben, moralische Auffassungen und Normen der sozialistischen Gesellschaft mißachten und teilweise zu jedem Risiko für die Durchsetzung ihrer Lebensauffassungen bereit sind.

BSU
000015

Stellvertreter des Ministers

Berlin, 16. Juni 1983

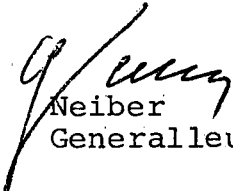
Die beiliegenden Hinweise zu wesentlichen Erkenntnissen und Aufgaben der politisch-operativen Arbeit zur Gewährleistung der territorialen Integrität der DDR und der Unverletzlichkeit ihrer Staatsgrenze habe ich den Leitern der Bezirksverwaltungen und anderen zuständigen Dienststeinheiten übersandt.

Die Hinweise wurden auf der Grundlage der in den Jahreseinschätzungen der zuständigen Dienststeinheiten getroffenen Feststellungen und aktuellen Erkenntnissen zur Entwicklung der politisch-operativen Lage erarbeitet. Sie stehen im engen Zusammenhang mit den Beschlüssen der Parteiführung und den staatlichen Regelungen zur Staatsgrenze und in den Grenzgebieten der DDR, den Befehlen und Weisungen des Ministers sowie den Orientierungen, die ich während der Dienstkonferenz am 15. April 1982 gegeben habe.

Ich bitte, diese zusammenfassende Einschätzung der politisch-operativen Lage an der Staatsgrenze zur BRD, zu Westberlin sowie an der Seegrenze und in den Grenzgebieten der DDR sowie zur Wirksamkeit der politisch-operativen Arbeit auf diesem Gebiet zur Kenntnis zu nehmen und in geeigneter Weise in Ihrem Anleitungsbereich auszuwerten und für die weitere Qualifizierung der politisch-operativen Arbeit zu nutzen.

(Das Material bitte ich bis 20. 12. 1983 an mein Sekretariat zurückzusenden.)

Anlage


Neiber
Generalleutnant

Rücksendetermin: 20. 12. 1983
an das Büro der Leitung/
Dokumentenverwaltung

Verteiler

1. StM Generaloberst Wolf
StM Generalleutnant Mittig
StM Generalleutnant Neiber (2mal)
Leiter AGM, Generalmajor Geisler
2. HA I
Leiter
Stellvertreter Kommando Grenztruppen
Leiter Abteilungen Abwehr/Aufklärung Grenzkommando Mitte,
Nord, Süd
3. HA II, III, VI, VII, VIII, IX
Abt. XXII, ZKG (2mal), ZAIG (2mal)

4. BV-Leiter

Jeweils spezielle Anschreiben:

- StM Wolf, Mittig, Leiter AGM, Leiter HA II, IX, ZAIG
- Leiter BV
- Leiter anderer DE gemäß Verteiler

- "Konzepte" als VVS,

- Anschreiben offen, laut VVS,

- Von jedem Anschreiben

A Exemplar auch an StM PL Neuber